

Rede zum Landesparteitag am 19.4.2008:

Bildungsrevolution in Schleswig-Holstein – wie weiter?

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir legen Euch heute einen Antrag vor, der eine Neujustierung unserer Bildungspolitik in Schleswig-Holstein bedeutet.

Dieser Antrag ist Ergebnis intensiver Diskussionen in der Landesarbeitsgemeinschaft, in der Fraktion und mit Bildungspolitikern anderer Landesverbände, die natürlich alle sehr aufmerksam beobachten, was hier in Schleswig-Holstein passiert.

Der Grund für diesen Antrag ist die aktuelle Entwicklung in Schleswig-Holstein.

Schleswig-Holstein hat als erstes Bundesland die Gemeinschaftsschule zur Regelschule gemacht hat.

Diese Entwicklung ist von uns Grünen 2003 als erstem Landesverband angestoßen worden. 2005 haben wir uns als erste getraut, mit dieser Forderung in den Landtagswahlkampf zu gehen.

Übrigens auch gegen Warnungen von Stimmen aus unserer eigenen Partei.

Dass sich dann aber nach dem Scheitern von Rot-Grün doch noch etwas bewegte, das ist fast schon eine Ironie der Geschichte.

Man kann auch sagen: Es war Folge einer gravierenden strategischen Fehleinschätzung der CDU.

Die CDU hatte in ihrer Not vorgeschlagen, die Entscheidung über das Schulsystem einfach den Kommunen zu übertragen.

Da über 90% aller Kommunen in Schleswig-Holstein von der CDU regiert werden, hatte die CDU geglaubt, damit werde nichts passieren.

Aber es kam völlig anders.

Heute machen sich im ganzen Land Gemeinden und Schulen auf den Weg in ein neues Schulsystem. 63 neue Gemeinschaftsschulen – und viele davon in Gemeinden mit absoluten schwarzen Mehrheiten, sind bereits angemeldet worden.

Und daran haben auch wir Grüne einen wichtigen Anteil. Wir haben mit unserer Bildungskampagne PLIETSCH Woche für Woche Veranstaltungen und Diskussionen im ganzen Land durchgeführt.

Zahlreiche grüne Kommunalfraktionen haben mit Anträgen erreicht, dass in ihren Kommunen Elternbefragungen durchgeführt wurden. Fast alle dieser Befragungen ergaben ein eindeutiges Votum für längeren gemeinsamen Unterricht.

Und dort, wo Gemeinden sich mit CDU-Mehrheiten gegen den Willen der Eltern für eine Regionalschule ent-

schieden haben – stimmen zur Zeit die Eltern und Schüler mit den Füßen ab.

Von Kappeln bis nach Bargteheide, von Segeberg bis Schleswig - überall stehen neu gebildete Regionalschulen vor dem Aus und die neuen Gemeinschaftsschulen laufen über vor Anmeldungen.

Immer mehr Eltern lehnen das System der Auslese, das System der Demütigung ab und wollen die Selektion nicht mehr!

Aber liebe Freundinnen und Freunde,

und das ist mir sehr wichtig. Wir Grüne haben die Diskussion nie um eine abstrakte Schulform geführt.

Nicht das Schild, das an der Tür hängt, entscheidet. Entscheidend ist, was in den Schulen stattfindet.

Wir brauchen neue Unterrichtsformen, die den unseligen in 45-Minuten-Happen zerhackten Unterricht hinter sich lassen, die die Eigenarbeit der SchülerInnen in den Vordergrund stellen, die jedem Kind eine Chance geben und die jedes Kind individuell fördern.

Dazu brauchen wir aber auch die nötigen Rahmenbedingungen. Genau daran mangelt es.

Während sich Lehrer, Eltern und Schüler mit Engagement auf den Weg in eine neue Schule machen, blockiert die große Koalition sich gegenseitig und lässt die Schulen im Stich.

Es muss dringend Geld in die Lehrerbildung investiert werden. Man kann nicht eine neue Schule machen, aber keine Mittel für Weiterbildung bereitstellen.

Es ist absurd, dass heute noch Lehrer in Flensburg für Haupt- und Realschulen ausgebildet werden, die es gar nicht mehr gibt.

Es ist absurd, dass Lehrer an Gemeinschaftsschulen mehr Unterrichtsstunden haben, als an Gymnasien und für die gleiche Arbeit weniger verdienen und dass die Gemeinschaftsschulen weniger Stundenkontingente haben.

Und natürlich brauchen neue Gemeinschaftsschulen mit neuen pädagogischen Konzepten auch geeignete Räumlichkeiten, Gemeinschaftsschulen und Kantinen. Und deshalb brauchen wir ein neues Investitionsprogramm für den Umbau der Schulen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
wir stehen angesichts dieser Entwicklung aber heute vor einem weiteren Dilemma.

Denn so wie es aussieht, bekommen wir keineswegs ein gemeinsames Schulsystem in Schleswig-Holstein.

Vielmehr bekommen wir ein zweigeteiltes Schulsystem – auf der einen Seite das Gymnasien, auf der anderen Seite die Gemeinschaftsschulen – und die Gefahr besteht, dass aus diesem zweigeteilten System erneut ein Zweiklassensystem entsteht.

Das ist der Grund, warum wir in der Fraktion und in der Landesarbeitsgemeinschaft im letzten halben Jahr so intensiv diskutiert haben.

Was ist zu tun?

Es gibt unseres Erachtens drei Lösungen:

Erstens: Wir fordern die Abschaffung der Gymnasien und die Umwandlung aller Schulen in Gemeinschaftsschulen.

Zweitens: Wir machen das, was die Polen sehr erfolgreich gemacht haben: Sie haben einfach die Gymnasien für alle Schüler geöffnet. Es gibt dort nur noch Gymnasien als Sekundarschulen.

Beide Lösungen haben aber einen Haken. So logisch sie klingen – wir glauben nicht, dass es uns gelingt, gegen den massiven Widerstand des Bildungsbürgertums dafür gesellschaftliche Mehrheiten herzustellen.

Deswegen, liebe FreundInnen, schlagen wir Euch in diesem Antrag einen dritten Weg vor.

Wir schlagen vor: Die vollständige Gleichstellung der Gemeinschaftsschulen und der Gymnasien im Schulgesetz.

Gleiche Rahmenbedingungen, gleiche Stundenzahlen für die Lehrer und für die Schüler, gleiche Bezahlung.

Natürlich sollen die großen Belastungen der Lehrer in den gymnasialen Oberstufen auch in Zukunft berücksichtigt werden.

Aber das gilt dann für Lehrerinnen und Lehrern an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gleichermaßen.

Wir fordern, dass alle Sekundarschulen entweder eine eigene Oberstufe haben, oder dass mehrere Sekundarschulen eine gemeinsame Oberstufe, also ein Oberstufenzentrum haben.

Wir schlagen vor, dass man an allen Sekundarschulen nach 8 Jahren oder nach 9 Jahren Abitur machen kann. Und das soll eben nicht nach der 4. Klasse entschieden werden, sondern erst nach der 9. Klasse. Dann können die Schülerinnen und Schüler selbst entscheiden, ob sie direkt in die Oberstufe gehen, oder ob sie noch ein Vertiefungsjahr machen wollen.

Damit wird auch die unselige Diskussion über die Schulzeitverkürzung, die unsere Kinder nur noch zu Lernmaschinen zu machen droht, endlich in sinnvolle Bahnen gelenkt.

Wir schlagen vor, dass das Querversetzen und das Sitzen Bleiben an allen Schulen abgeschafft wird.

Wenn ich die Kinder sowieso individuell fördern will, wenn ich sowieso Kinder unterschiedlicher Begabungen und oft auch unterschiedlicher Jahrgänge in Arbeitsgruppen gemeinsam unterrichte, dann gibt weder das Sitzen Bleiben noch das Querversetzen irgend einen Sinn.

Und wir schlagen vor, die unselige Schulartenempfehlung abzuschaffen.

Niemand kann bereits mit 10 Jahren sagen, welche Entwicklungschancen sich in den Köpfen unserer kleinen Kinder verbergen.

Das unselige Aschenputtel-System „Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen“, ist eine der Hauptursachen für die soziale Auslese in Deutschland und gehört endlich abgeschafft.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die rechtliche und finanzielle Gleichstellung von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen bedeutet, dass es dann zwei Schularten gibt, die sich nur noch durch ihr Profil, ihr Selbstverständnis unterscheiden.

Diese ist absolut gerecht – wer will denn dagegen sein?

Und ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Debatte gewinnen können – und dass wir für dieses Konzept gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen werden.

Ich bin der Überzeugung, dass das eine Strategie ist, die wir egal mit welcher Partei wir bei den nächsten Koalitionsverhandlungen verhandeln werden, erfolgreich durchsetzen können.

Aber

es gibt dann immer noch ein Problem.

Denn wenn die Eltern die Schülerinnen, die weniger Probleme machen, an die Gymnasien schicken, und die Kinder, die vielleicht mehr Probleme haben, an Gemeinschaftsschulen schicken, dann besteht trotz allem die Gefahr, dass die Schulen auseinanderdriften.

Deswegen müssen wir einen Ausgleichsfaktor schaffen.

Deswegen müssen Schulen, die Kinder aus unteren sozialen Schichten aufnehmen, oder die Kinder mit größeren Lernproblemen aufnehmen, dafür einen finanziellen Ausgleich bekommen, um zusätzliche Fördermöglichkeiten umzusetzen.

Wie wir einen solchen Förderfaktor gestalten, darüber ist unsere Diskussion noch nicht abgeschlossen.

Aber dass wir einen solchen Förderfaktor brauchen, das steht für uns außer Frage.

Es muss uns gelingen, dass die Schulen sich nicht nur um die besten Schülerinnen und Schüler aus den bestsituierten Elternhäusern bemühen, sondern dass es auch für Gymnasien lohnend und interessant wird, sich um schwächeren Schülerinnen, um Schüler mit Handicaps oder um Schülerinnen mit schwierigerem familiären Hintergrund zu bemühen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
der Kampf für ein gerechtes und leistungsfähiges Schulsystem ist ein langer Weg.
Ein erster Schritt ist getan.
Jetzt geht es darum, den nächsten Schritt zu tun.

Bei kaum einem Thema haben wir Grüne uns in den letzten Jahren so sehr engagiert, durch Anträge und Veranstaltungen im Land und in den Kommunen.
Wir sind in den letzten Jahren eine Bildungspartei geworden und es ist uns gelungen, entscheidende Anstöße gegeben.

Heute machen wir einen erneuten Vorstoß, mit dem wir die Bildungsdebatte in diesem Land vorantreiben und prägen wollen.

Wir setzen zugleich einen ersten strategischen Eckstein für ein neues grünes Regierungsprogramm.

Ich bitte Euch deshalb im Namen der LAG Bildung, der Landtagsfraktion und aller an der Diskussion beteiligten Bildungspolitiker der Grünen um Eure Zustimmung für

den vorliegenden Antrag „Der Weg zum gemeinsamen Lernen“.